

- Martinez**, L. Iveris; Crooks, Donneth; Kim, S. Kristin; Tanner, Elisabeth: Invisible Civic Engagement among Older Adults: Valuing the Contributions of Informal Volunteering. In: Journal of Cross-Cultural Gerontology 1/2011, pp. 23-37
- Meusel**, Sandra: Engagement sozial benachteiligter Menschen. Ein Forschungsprojekt mit biographisch-narrativen Interviews. In: Soziale Arbeit 6/2013, S. 240-247
- Munsch**, Chantal: „Die haben alles schon geplant.“ Ein ethnografisches Beispiel des Engagements unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. In: Munsch, Chantal (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch: Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. München und Weinheim 2003
- Österreich**, Rainer: Das Belastungs-Beanspruchungskonzept im Vergleich mit arbeitspsychologischen Konzepten. In: Zeitschrift für Arbeitswissenschaft 3/2001, S. 162-170 (http://www.zfa-online.de/informationen/leser/volltexte/2001/2001_03_volltexte/oesterreich.pdf; abgerufen am 19.10.2015)
- Parkinson**, Lynne; Warburton, Jeni; Sibbitt, David; Byles, Julie: Volunteering and older women: psychosocial and health predictors of participation. In: Aging & Mental Health 8/2010, pp. 917-927
- Piliavin**, A. Jane; Siegl Erica: Health benefits of volunteering in the Wisconsin longitudinal study. In: Journal of Health and Social Behavior 4/2007, pp. 450-464
- Rosenthal**, Gabriele: Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung. Weinheim und München 2008
- Strauss**, Anselm: Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München 1998

ALLGEMEINES

Internetangebot in leichter Sprache. Um einen barrierefreien Zugang zu Informationen über zentrale Belange der Lebensgestaltung zu ermöglichen, hat der Landschaftsverband Rheinland (LVR) seinen Internetauftritt www.lvr.de zu großen Teilen in leichte Sprache übersetzt. Unter dem Link www.leichtesprache.lvr.de finden sich auf rund 100 Seiten Hinweise zum Leben mit Lernschwierigkeiten, zu inklusiven Kindergärten, zur schulischen Ausbildung und zu Fragen hinsichtlich des Arbeitens, der Freizeit und des Wohnens. Der Leichte-Sprache-Bereich kann über ein beschriftetes Symbol auch von der Startseite www.lvr.de aus abgerufen werden. Speziell für gehörlose Menschen bietet die Website unter der Schaltfläche „Service“ Gebärdensprachvideos zum LVR und zu gesundheitlichen, sozialen und kulturellen Themen an. Quelle: Das Band 5.2015

Neuausgabe des Wegweisers für Inhaftierte. Zu Beginn eines Gefängnisaufenthaltes, aber auch bei der Entlassung stehen inhaftierte Menschen und deren Angehörige häufig vor Fragen der Existenzsicherung. Als Hilfestellung für die Bewältigung problematischer Situationen hat die Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe in Bonn einen Ratgeber entwickelt, der nun in aktualisierter Auflage vorliegt. Die Handreichung eröffnet eine Zusammenstellung der seit Januar 2015 geltenden Bestimmungen zum Arbeitslosengeld, zur Sozialhilfe, zur Sozialversicherung und zu weiteren Leistungen wie unter anderem dem Wohngeld, dem Kinderzuschlag und der Beratungs- und Prozesskostenhilfe. Zudem enthält die Broschüre eine Literaturliste, eine Übersicht über ausgewählte Gefangenenzzeitungen und ein umfangreiches Adressverzeichnis von Anlaufstellen in einzelnen Bundesländern. Betroffene können den Wegweiser kostenlos unter der E-Mail-Adresse info@bag-s.de bestellen oder diesen auf der Internetseite www.bag-s.de (Materialien) einsehen. Quelle: Lotse Info September 2015

66 Tipps für ein genussvolles und aktives Leben mit 66+. Hrsg. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Selbstverlag. Berlin 2015, 152 S., kostenlos *DZI-E-1333*

Um im höheren Lebensalter fit zu bleiben, spielen eine ausgewogene Ernährung sowie körperliche und geistige Aktivitäten eine wesentliche Rolle. Diese Broschüre vermittelt Anregungen für einen gesunden Lebensstil, die dazu beitragen sollen, die Lebensqualität in kleinen Schritten zu erhöhen. Beispielsweise finden sich hier Anleitungen für das Gehirnjogging, für sportliche Anstrengungen und für die Gestaltung sozialer Kontakte sowie Rezepte für die saisonale Küche und für die Zubereitung von Smoothies. Einige Tipps für die Freizeitgestaltung beziehen sich auf das Anlegen eines eigenen Kräutergarten, auf die Stressbewältigung, das Chor-

singen, das Tanzen und die Haltung von Haustieren. Darauf hinaus enthält der Ratgeber Augenübungen zur Stärkung der Sehkraft und Informationen zur Vermittlung von Leih-Patenschaften. Eine Linkssammlung erleichtert eigene Recherchen im Internet. Bestellanschrift: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin, Tel.: 030/185 29-0, Internet: www.bmel.de

Sozialkompass Europa. Angesichts der stetig wachsenden Mobilität innerhalb der Europäischen Union hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit dem Sozialkompass Europa eine umfangreiche Datenbank aufgebaut. Die Internetseite www.sozialkompass.eu gibt einen Überblick über die Sozialsysteme der 28 EU-Mitgliedstaaten mit Ausführungen zu Themen wie beispielsweise Familie, Arbeit, Behinderung, soziale Notlagen, Krankheit und Pflege. Der mit einem Glossar versehene Sozialkompass steht auch in Form einer interaktiven CD zur Verfügung. Gezielte Recherchen werden erleichtert durch eine unter dem Menüpunkt „Links“ zu findende Linkssammlung und die unter „FAQ“ zusammengestellten Antworten auf häufige Fragen. Für sämtliche Inhalte wurden Übersetzungen in leichte Sprache und in die deutsche Gebärdensprache angefertigt. Quelle: ZB Behindern & Beruf 3.2015

Willkommens-Broschüre für Flüchtlinge. Eine Gruppe von Studierenden der Frankfurt University of Applied Sciences im Studienfach „Soziale Arbeit transnational“ hat eine 20-seitige Broschüre in englischer Sprache für Flüchtlinge erstellt, in der die wichtigsten Informationen für die Ankunft und den Aufenthalt zusammengestellt sind. Erklärt wird, wie der Asylantragsprozess eingeleitet werden kann und was bei einer drohenden Abschiebung zu tun ist. Die Neuankömmlinge erfahren hier auch, wie der „Frankfurt-Pass“ beantragt wird und wo sie medizinische Hilfe, Beratung, Sprachkurse, billige Lebensmittel und günstige Kleidung finden können. Übersetzungen in die arabische Sprache und das in Eritrea gesprochene Tigrinya sind in Arbeit. Die mit einem kleinen Glossar versehene Hilfestellung steht im Internet unter www.frankfurt-university.de/fra-vas-hilft (Link: Aktivitäten der Studierenden) zur Ansicht bereit. Bestellungen werden unter der E-Mail-Adresse vf04@fb4.fra-vas.de entgegengenommen. Quelle: Mitteilung der Frankfurt University of Applied Sciences vom 22.10.2015

SOZIALES

VdK warnt vor wachsender Altersarmut. Trotz der zum 1. Juli 2016 geplanten Rentenanpassung um vier bis fünf Prozent ist nach Meinung des Sozialverbandes VdK die Gefahr einer weiter um sich greifenden Altersarmut nicht gebannt. Die Erfahrung zeige, dass zwischen den Prognosen und den tatsächlichen Anhebungen oft große Unterschiede lägen. Zur Verhinderung von Alters-

armut sei es nötig, das Rentenniveau von derzeit 47,5 % auf mindestens 50 % des Nettolohnes zu erhöhen und dort einzufrieren. Zudem müsse von der Mindestlohnkommission sichergestellt werden, dass die Arbeitseinkommen bei einer Vollzeitbeschäftigung für den Lebensunterhalt und für eine angemessene Alterssicherung ausreichten. Geringverdienende Frauen sollten verstärkt durch Qualifizierungsmaßnahmen aus dem Niedriglohnbereich geholt werden. Wünschenswert seien auch eine Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs sowie Leih- und Zeitarbeit, höhere Rentenanträge für Familienpflegezeiten und eine nachhaltige Wiedereingliederungsförderung für langzeitarbeitslose Menschen. Quelle: VdK-Pressemeldung vom 28.10.2015

Deutscher Behindertenrat fordert Bundesfachstelle für Barrierefreiheit. Das Ende des Jahres 2008 auf Initiative des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gegründete Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit wird seine Tätigkeit wegen des Auslaufens der Projektgelder Ende März 2016 einstellen. Nun haben sich die Verbände des Deutschen Behindertenrates mit dem BMAS darauf geeinigt, dass eine beim Bund angesiedelte Fachstelle ab April 2016 die Nachfolge antreten soll, um die Barrierefreiheit auch in Zukunft voranbringen zu können. Diese soll die Partizipation von Menschen mit Behinderungen stärken, die beteiligten Akteure vernetzen und einen internationalen Austausch gewährleisten. Quelle: Pressemitteilung des DBSV vom 19.10.2015

Ermittlung des Existenzminimums. In einer Kleinen Anfrage bat die Partei Die Linke am 13.10. dieses Jahres die Bundesregierung um präzise Angaben zur Ermittlung der Regelsätze für die Grundsicherung seit dem Jahr 1990. Unter anderem wollten die Abgeordneten wissen, wie sich die Referenzgruppe sozialstrukturell zusammensetzt, welche Nettoeinkommen und Verbrauchsausgaben der Statistik zugrunde gelegt werden und in welcher Höhe die Lebenshaltungskosten und die durchschnittlichen Löhne angestiegen sind. Die Linke gibt zu bedenken, dass die Ausgaben der ärmsten Haushalte beispielhaft festgehalten würden, ohne zu überprüfen, ob es diesen nicht bereits an Lebensnotwendigem mangle. Anstatt der jährlichen Anpassungen der Hartz-IV-Regelsätze bedürfe es einer grundlegenden Neuberechnung der Leistungen. Quelle: *hib – heute im bundestag* vom 23.10.2015

Sozialleistungen für Migrantinnen und Migranten aus der EU. Gemäß einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 15.9. dieses Jahres dürfen Sozialleistungen für zugewanderte Bürgerinnen und Bürger der EU dann verweigert werden, wenn diese nicht vorhaben, eine Arbeit aufzunehmen, oder wenn sie nur zur Arbeitssuche eingereist sind. Wer nach einer Berufstätigkeit von weniger als einem Jahr wieder

arbeitslos geworden ist, hat noch für einen Zeitraum von sechs Monaten Anspruch auf Hartz-IV-Bezüge. In dem verhandelten Fall ging es um eine aus Bosnien stammende Frau, die während des Bürgerkrieges nach Deutschland geflohen war und durch ihre Heirat mit einem Schweden die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedslandes der Europäischen Union erhielt. Nach der Trennung zog sie mit ihren Kindern wieder nach Deutschland und arbeitete hier sporadisch in Kurzzeit-Jobs. Die Hartz-IV-Leistungen, die sie ab Herbst 2011 erhielt, wurden nach einigen Monaten eingestellt. Laut Auffassung des EuGH verstößt die Entscheidung des Berliner Jobcenters nicht gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Der Deutsche Städetag begrüßt den Entschluss des EuGH, da dieser die Arbeit in den Jobcentern erleichtere und für mehr Klarheit sorge. Quelle: *Städetag aktuell 8.2015*

GESUNDHEIT

Gesundheitsforum 2014. Arbeit gemeinsam gesund gestalten. Hrsg. Nicholas Hübner und Senatsverwaltung für Inneres und Sport von Berlin. Berlin 2015, 94 S., EUR 10,- *DZI-E-1334*

Als Forum für den Austausch über aktuelle Entwicklungen fand an der Freien Universität Berlin am 18.9.2014 die 7. Tagung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Berliner Verwaltung statt. Dieser Tagungsband dokumentiert Vorträge zu den Themen Arbeitsgestaltung, Work-Life-Balance und Sozialberatung. Besonderes Augenmerk fällt auf die Herausforderungen durch den demographischen Wandel und den Umgang mit psychischen Belastungen und Konflikten. Mit dem Work Ability Index und der Methode der Mitarbeiterbefragung präsentierte die Handreichung wissenschaftliche Messinstrumente der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsbedingungen, wobei auch auf den Ende 2013 im Berliner Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf eingeführten Profilpass zur Gefährdungsbeurteilung und zur Gestaltung möglicher Maßnahmen der Prävention und Intervention eingegangen wird. Bestellanschrift: Freie Universität Berlin, Weiterbildungszentrum, Otto-von-Simson-Straße 13, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 85 14 87, Internet: www.fu-berlin.de/bfg

Innovative Therapien bei Demenz. Neurowissenschaftliche Expertinnen und Experten des Max-Planck-Instituts für Kognitions- und Neurowissenschaften in Leipzig haben eine anatomische Erklärung dafür gefunden, dass musikalische Erinnerungen auch dann noch präsent bleiben, wenn eine Demenz in einem fortgeschrittenen Stadium diagnostiziert wird. Zunächst lokализierten die Forschenden mittels Ultrahochfeld-Magnetresonanz-Tomographie das Musik-Langzeitgedächtnis im Gehirn und stellten fest, dass die Wiedererkennung von Musik entgegen vorheriger Vermutungen durch Areale gesteuert wird, die sonst für komplexe motorische Abläufe zuständig sind. In diesen Segmenten des

Gehirns bleibe das Nervengewebe bei Alzheimer weitgehend intakt. Im Rahmen der Studie wurden auch Nervenbahnen identifiziert, welche die für die Musikerkennung wesentlichen neuronalen Bereiche mit anderen, gut erhaltenen Gehirnregionen verbinden. Die Erkenntnisse eignen sich als Ansatzpunkt für die Konzipierung fortschrittlicher Formen der Therapie. Quelle: *Aktivieren. Das Magazin für die Soziale Betreuung 4.2015*

Pflegebedürftig – Was tun? Ein Ratgeber für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen. Von Wolfgang Müller und anderen. C. H. Beck Verlag. München 2015, 64 S., EUR 5,50 *DZI-E-1329*

Angesichts des demographischen Wandels und der damit einhergehenden steigenden Lebenserwartung gewinnt das Thema der Pflege zunehmend an Bedeutung. Als Hilfestellung für Betroffene und deren Angehörige vermittelt dieses aktualisierte Informationsheft unter Berücksichtigung der Pflegereform 2015 einen Überblick über die Rahmenbedingungen der Betreuung. Aufgegriffen werden Fragen zur Wohnsituation, zur Pflegeversicherung, zum Wohngeld, zum Pflegewohngeld und zur Sozialhilfe. Ferner werden die fachliche Anleitung von Pflegenden, die Familienpflegezeit, Angebote und Kosten von Pflegeheimen und Belange von Menschen mit einer Behinderung thematisiert. Auch die Vor- und Nachteile von Pflegezusatzversicherungen, die Modalitäten der Besteuerung und die Möglichkeiten der Beratung finden Beachtung. Ältere Menschen und deren Angehörige erhalten kompaktes Basiswissen für die Bewältigung der pflegespezifischen Herausforderungen. Bestellanschrift: Verlag C. H. Beck, Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: 089/381 89-750, Internet: www.beck.de

Kritik am Beschluss des Erweiterten Bewertungsausschusses. Am 22. September dieses Jahres fasste der erweiterte Bewertungsausschuss der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen einen Beschluss, nach dem die Vergütung antrags- und genehmigungspflichtiger psychotherapeutischer Leistungen rückwirkend ab dem Jahr 2012 um rund 2,7 % angehoben wird. Damit steigt das Honorar für eine Therapiehour auf 83,32 Euro im Jahr 2012 und auf 86,37 Euro in diesem Jahr. Um Personalkosten abzudecken, wird ein Strukturzuschlag an Praxen gezahlt, die durchschnittlich über 18 Sitzungen genehmigungspflichtige psychotherapeutische Sitzungen in einem Quartal erbracht haben. Die Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV) bemängelt, dass dieser Zuschlag nicht linear zur Leistungsmenge ansteige, wodurch die Finanzierbarkeit von Praxispersonal infrage gestellt werde. Außerdem gebe es Hinweise, dass die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes zur Mindestvergütung der Leistungen an mehreren Stellen unterlaufen werde. Aus diesen Gründen empfiehlt die DPtV, gegen den Honorarbescheid Widerspruch bei der jeweils zuständigen Kassenärztlichen Vereinigung einzulegen. Ein Muster-

widerspruch steht für Vereinsmitglieder auf der Homepage des DPtV unter www.dptv.de (Aktuelles/Neu eingestellt/Aktuelle Mustervorlagen) zum Download bereit. Quelle: Pressemitteilung der medhochzwei Redaktion vom 28.10.2015

JUGEND UND FAMILIE

Unterhaltsrecht für Kinder. Nach einem bei Enthaltung der Partei Die Linke vom Bundestag am 15.10. dieses Jahres gefassten Beschluss soll sich der in § 1612a des Bürgerlichen Gesetzbuches geregelte Mindestunterhalt für minderjährige Kinder nicht länger am steuerrechtlich geprägten Kinderfreibetrag, sondern direkt am Existenzminimum der Kinder orientieren. Beginnend mit dem 1. Januar 2016 legt das Justizministerium künftig alle zwei Jahre den Mindestunterhalt verbindlich fest. Darüber hinaus wird das vereinfachte Unterhaltsverfahren an die Bedürfnisse der Praxis angepasst und durch leichter verständliche Antragsformulare anwendungs-freundlicher gestaltet. Am Auslandsunterhaltsgesetz wurden vorwiegend technische Anpassungen vorgenommen, wie beispielsweise im Hinblick auf die örtliche Zuständigkeit der deutschen Familiengerichte. Quelle: Das Parlament vom 19.10.2015

Handreichung Selbstevaluierung. Handlungsempfehlungen für Projekte im Bereich der Jugendgewaltprävention. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag, Berlin 2014, 50 S., kostenlos *DZI-E-1247* Als Arbeitshilfe für Institutionen und Fachkräfte, die sich mit dem Thema Gewaltprävention auseinandersetzen und ihre eigene Tätigkeit selbst bewerten wollen, hat die von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eingerichtete Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention die in dieser Broschüre beschriebenen Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese bieten anhand konkreter Beispiele Unterstützung bei der Planung, Umsetzung und Auswertung einer Selbstevaluierung. Ausführlich beschrieben werden konkrete Schritte wie beispielsweise die Datenerhebung, die Datenanalyse und die Umsetzung der Ergebnisse in die Praxis. Zudem gibt ein Serviceteil Anleitung für die Konzipierung von Fragebögen, für die Dokumenten- und Aktenanalyse und für die Durchführung von Interviews. Die Orientierung wird durch nützliche Links und Hinweise zu weiterführender Literatur erleichtert. Bestellschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/902 23-29 13, Internet: www.berlin.de/gegen-gewalt

Expertise- und Forschungszentrum Adoption eingerichtet. Im Sinne einer besseren Unterstützung gelingender Adoptionsverfahren fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Expertise- und Forschungszentrum Adoption (EFZA) am Deutschen Jugendinstitut, das den aktuellen Forschungsstand der Adoption in Deutschland und im internationa-

15.1.2016 Hamburg. Fachtagung des AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe und der Jugendhilfeeinrichtung SME zur Situation junger Volljähriger: Junge Volljährige suchen (Aus)Wege! Von Prachtstraßen, Sackgassen und Wendepunkten. Information: AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Georgstraße 26, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91 46, E-Mail: gravelmann@afet-ev.de

15.-16.1.2016 Berlin. Tagung: Forschen und Promovieren in der Sozialen Arbeit. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit, Fachgruppe Promotionsförderung, Schlossstraße 23, 74372 Sersheim, Tel.: 070 42/39 48, E-Mail: dgsa@dgsainfo.de

21.1.2016 Bochum. 4. Konferenz „Städte I(i)eben Vielfalt!“ des Deutschen Städtetages, der Stadt Bochum und der Robert Bosch Stiftung: Integration von Flüchtlingen – Herausforderungen und Perspektiven in den Städten. Information: Deutscher Städtetag, Hauptgeschäftsstelle Berlin, Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: 030/37 71 10, E-Mail: post@staedtetag.de

28.-29.1.2016 Olten/Schweiz. Tagung: Professionalität im Kontext von Institution und Organisation. Information: Prof. Dr. habil. Roland Becker-Lenz, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit in Olten, Institut Professionsforschung und kooperative Wissensbildung, Tel: 00 41/629 57 21 24, E-Mail: roland.becker@fhnw.ch

18.-19.2.2016 Duisburg. Frühjahrstagung der Sektion Familiensiologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: Familie und Migration. Information: Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Dr. Sonja Schnitzler, DGS c/o KWI, Goethestraße 31, 45128 Essen, Tel.: 02 01/720 42 08, E-Mail: sonja.schnitzler@kwi-nrw.de

23.-25.2.2016 Erkner. Fachtagung: Kinderschutz neu denken in einem Einwanderungsland. Information: Akademie des Deutschen Vereins, Frau Bärbel Winter, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 05, E-Mail: winter@deutscher-verein.de

24.-26.2.2015 München. VSOP-Jubiläumstagung: Sozialplanung und Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe in deutschen, österreichischen und schweizerischen Kommunen. Information: Verein für Sozialplanung, Geschäftsstelle, Frau Werner, Löwengasse 34, 67346 Speyer, Tel.: 062 32/62 94 91, E-Mail: vsop-ger@t-online.de

24.-28.2.2016 Berlin. 29. Kongress für Klinische Psychologie: The Dark Side of the Moon. Krisen, Traumata... – verlorene Sicherheit zurückgewinnen. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie, Corrensstraße 44-46, 72076 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34-0, E-Mail: dvgt@dvht.de

len Vergleich aufarbeiten und die Weiterentwicklung des Adoptionsverfahrens begleiten soll. Mit der Förderung wird beabsichtigt, durch eine bundesweite Vernetzung von Fachpraxis und Wissenschaft sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen als auch die Modalitäten der Vermittlung einer umfassenden Prüfung zu unterziehen, wobei das EFZA durch quantitative und qualitative Studien zu einem empirisch fundierten Erkenntnisgewinn beitragen soll. Das Projekt begann im November 2015 und läuft bis Ende 2017. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 2.11.2015*

Lösungsfokussierte Paarberatung bei häuslicher Gewalt.

Ein Curriculum zur Beendigung von situativer Paargewalt. Von Marcel Kruse und anderen. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2015, 70 S., kostenlos *DZI-E-1330* Im Rahmen der als Pilotprojekt eingerichteten Beratungsstelle „Jetzt Mal Anders – Ohne Gewalt klarkommen“ erprobte der Caritasverband für das Erzbistum Berlin im Zeitraum 2012 bis 2014 unter wissenschaftlicher Begleitung der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin den in dieser Broschüre vorgestellten lösungsfokussierten Ansatz der Paarberatung im Kontext häuslicher Gewalt, der im Wesentlichen auf der von Steve de Shazer und Insoo Kim Berg entworfenen Methode der lösungsorientierten Kurzzeittherapie basiert. Die Zielgruppe bildeten Paare und Familien mit dem Wunsch, die Dynamik der häufig wechselseitigen Aggression zu durchbrechen. Um die Erkenntnisse der Fachwelt zur Verfügung zu stellen, werden die in der Projektphase als positiv erlebten Erfahrungen und Empfehlungen und ein auf deren Grundlage entstandenes Curriculum für die Fortbildung von Fachkräften wiedergegeben. Sinnvoll sei eine Vernetzung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene mit dem Ziel, die konzeptionelle Weiterentwicklung voranzubringen. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Klosterstraße 47, 10179 Berlin-Mitte, Tel.: 030/902 23-29 13, Internet: www.berlin.de/gegen-gewalt

AUSBILDUNG UND BERUF

Studiengang „Integrierte Versorgung psychotisch erkrankter Menschen“. Die International Psychoanalytic University Berlin (IPU) bietet in Kooperation mit drei weiteren Hochschulen ab April 2016 wieder den achtsemestrigen Masterstudiengang „Integrierte Versorgung psychotisch erkrankter Menschen“ an. Angesprochen sind Interessierte sämtlicher Berufsgruppen mit einem Hochschulabschluss, die sich berufsbegleitend weiterbilden wollen. Die Praxiserfahrung kann nach Abschluss einer mündlichen Prüfung auf die Studienzeit angerechnet werden. Einen ersten Einblick in die Inhalte und die Struktur des Studienganges vermitteln regelmäßige Informationsabende, die an der IPU in der Stromstraße 1 in 10555 Berlin-Mitte stattfinden und

auf denen Fragen der Teilnehmenden beantwortet werden. Zur Website der Hochschule, auf der auch die Termine der nächsten Informationsveranstaltungen aufgeführt sind, geht es unter www.ipu-berlin.de. *Quelle: Mitteilung der IPU vom 2.11.2015*

Wiedereinführung der Krankenpflegehilfe in Berlin.

Da sich die Anzahl der hochaltrigen Menschen über 80 Jahre in Berlin bis zum Jahr 2030 voraussichtlich nahezu verdoppeln wird, hat der Senat am 20.10. dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Krankenpflegehilfe beschlossen, um dem zunehmenden Mangel an Pflegefachkräften entgegenzuwirken. Die aus theoretischen und praktischen Teilen bestehende Ausbildung zur Krankenpflegehilfe dauert mindestens ein Jahr und schließt mit einer staatlichen Prüfung ab. Zugangsvoraussetzung ist ein Hauptschulabschluss oder ein gleichwertiger schulischer oder beruflicher Abschluss. Im Anschluss an die Krankenpflegehilfeausbildung besteht die Möglichkeit, sich zur Fachkraft der Altenpflege oder der Krankenpflege weiterzuqualifizieren. *Quelle: Mitteilung des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin vom 20.10.2015*

ver.di fordert Nachbesserungen beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di begrüßt, dass sich die Politik endlich der prekären Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an Hochschulen und Forschungseinrichtungen annimmt. Um aber die Arbeits- und Qualifizierungsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses verlässlich zu verbessern, müssten klare Rechtsansprüche formuliert werden. Außerdem werden die Parlamentarier aufgefordert, die Tarifsperrre fallenzulassen, da nicht nachvollzogen werden könnte, warum an Hochschulen und Forschungseinrichtungen Sonderzonen existieren sollen, in denen es den Tarifvertragsparteien verboten sei, gemeinsam die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses zu verbessern. Das Gesetz sieht vor, dass Arbeitsverträge für wissenschaftlichen Nachwuchs vor und nach der Promotion auf maximal jeweils sechs Jahre befristet werden können. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen jedoch keinen Anspruch auf eine Mindestvertragslaufzeit erhalten und es bleibt ungeklärt, welche Tätigkeiten eine Qualifizierungsphase und damit eine Befristung überhaupt begründen können. ver.di begrüßt bei der Reform ausdrücklich, dass Beschäftigte in Verwaltung und Technik künftig nicht mehr unter das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fallen und damit deren rechtsmissbräuchliche Einbeziehung unter das Gesetz endlich beendet wird. *Quelle: Pressemitteilung der vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vom 4.11.2015*

Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft. Mit der Absicht, die beschäftigungspolitischen und sozialen Aspekte der Gesundheitswirtschaft weiter zu stärken,

hat das Niedersächsische Sozialministerium gemeinsam mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium Anfang November dieses Jahres Eckpunkte für einen „Masterplan Soziale Gesundheitswirtschaft“ vorgelegt. Zu dessen Handlungsfeldern gehören die sektorenübergreifende medizinische Versorgung, die Zukunftssicherung der Pflege, der Gesundheitstourismus, die Bereiche „Life Science“ und „eHealth“ sowie die Fachkräftesicherung. Der Zugang zur medizinischen und pflegerischen Versorgung solle allen Menschen unabhängig von deren Wohnort, Alter, kulturellem Hintergrund, Geschlecht und Einkommen offenstehen. Ferner solle man den Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern. Der abschließende Masterplan wird nächstes Jahr vorgestellt. Quelle: *Mitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 2.11.2015*

Fortbildungsangebote für 2016. Folgende Fortbildungsträger haben ihre Programme für das kommende Jahr bereits herausgegeben. Sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Alice Salomon Hochschule Berlin – Zentrum für Weiterbildung, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Tel.: 030/992 45-331/353, Fax: 030/992 45-399, Internet: www.ash-berlin.eu/zfwb

AWO Bundesakademie, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin, Tel.: 030/263 09 01 38, Fax: 030/263 09 02 11, E-Mail: akademie@awo.org

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Fax: 030/629 80-150, E-Mail: info@deutscher-verein.de

Bundeskademie für Kirche und Diakonie gGmbH, Heinrich-Mann-Straße 29, 13156 Berlin, Tel.: 030/48 83 73 88, Fax: 030/48 83 73 00, E-Mail: info@ba-kd.de

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-268, E-Mail: fortbildung@difu.de

Europäische Akademie für Heilpädagogik im BHP e.V., Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 70, Fax: 030/40 60 50 69, E-Mail: michaela.menth@eahonline.de

Evangelische Akademie Tutzing, Schloss-Straße 2+4, 82327 Tutzing, Tel.: 081 58/251-146, Fax: 081 58/99 64 43, E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de

Evangelische Hochschule Ludwigsburg, Institut für Fort- und Weiterbildung ifw, Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 071 41/97 45-282, Fax: 071 41/97 45-482, E-Mail: ifw@eh-ludwigsburg.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-17, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

Evangelisches Zentralinstitut für Familienberatung Berlin gGmbH, Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/28 39 52 70, Fax: 030/28 39 52 22, E-Mail: baerthel@ezi-berlin.de

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes e.V., Winterstraße 17-19, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-17 00, Fax: 07 61/200-17 99, E-Mail: akademie@caritas.de

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin, Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin, Tel.: 030/50 10 10 39, E-Mail: weiterbildung@khsb-berlin.de

Katholische Stiftungsfachhochschule München, Institut für Fort- und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, Preysingstraße 83, 81667 München, Tel.: 089/480 92-12 79, Fax: 089/480 92-19 02, E-Mail: if-fortbildung@ksfh.de

Lebenshilfe Landesverband Bayern, Kitzinger Straße 6, 91056 Erlangen, Tel.: 091 31/754 61-0, Fax: 091 31/754 61-90, E-Mail: fortbildung@lebenshilfe-bayern.de

Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Heinrich-Hoffmann-Straße 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel.: 069/67 06-272/219, Fax: 069/67 06-203, E-Mail: fobi@pb-paritaet.de

Technische Hochschule Nürnberg, Fakultät Sozialwissenschaften, Bahnhofstraße 87, 90402 Nürnberg, Tel.: 09 11/58 80 0-0, Fax: 09 11/58 80-83 09, E-Mail: sw-fortbildung@fh-nuernberg.de

Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS), Bayerisches Landesjugendamt, Marsstraße 46, 80335 München, Tel.: 089/12 61-28 04, Fax: 089/12 61-22 80, E-Mail: poststelle-blja@zbfs.bayern.de